

Monika Astrid Kittler

Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Staat

Bericht von der 5. Tagung der 11. Synode der EKD

Als neue Synodale in der EKD wurde ich in den Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Staat gewählt. Damit ist nach dem Ausscheiden von Ulrike Trautwein wieder eine Synodale unserer Landeskirche in diesem Ausschuss.

Drei Beschlussvorlagen, die der Ausschuss erarbeitet hat, möchte ich in diesem Bericht erwähnen.

1. Im Rahmen der Reformationsdekade soll im Themenjahr 2014 „Reformation und Politik“ die Frage von gesellschaftlicher Transformation und nachhaltiger Entwicklung ein besonderes Schwerpunktthema sein. „Nach wie vor beruhen unsere Wirtschaftsweise und unsere sozialen Sicherungssysteme auf einem nicht nachhaltigen Ressourcenverbrauch. Außerdem vergrößert sich die soziale Ungleichheit. Ziel des Transformationsdiskurses ist es, Strategien und Maßnahmen zu identifizieren, gesellschaftliche Entwicklung und wirtschaftliches Handeln wirksam mit sozialer Gerechtigkeit und Ressourcenschutz zu verbinden“ (Beschlussvorschlag, Drucksache I/3). Die Synode hat beschlossen, dass dieser Transformationsdiskurs von der EKD in geeigneter Weise begleitet, koordiniert und unterstützt werden soll. Schlüsselthemen dabei sind:

- Wachstum und Wohlstand – Ethik des Genug – Verteilungsgerechtigkeit
- Wirtschaft im Dienst des Lebens - Rahmenbedingungen für eine ökologische soziale Marktwirtschaft
- Nachhaltige Gestaltung der Energiewende
- Gesellschaftliche Partizipation – Teilhabegerechtigkeit

Die Aktivitäten in den Landeskirchen und in der weltweiten Ökumene sollen aufgenommen und gebündelt werden. Der Rat soll entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen und der Synode regelmäßig über den Fortgang der Arbeit berichten.

2. Ein weiterer Beschlussvorschlag des Ausschusses greift die Sorge über rassistische und rechtspopulistische Einstellungen in unserer Gesellschaft auf. Zu unserem Glauben gehört die Überzeugung, dass jeder Mensch Gottes Ebenbild ist. Als Kirche stehen wir für eine offene und demokratische Gesellschaft, die Menschen unterschiedlicher sozialer, ethnischer und kultureller Herkunft willkommen heißt. Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewalt, die sich auf offener Straße zeigen kann, schüchtert Bürgerinnen und Bürger ein. Verschiedene Erfahrungen haben gezeigt, dass es leider auch im Raum der Kirche rechtsextremes, antidemokratisches und menschenfeindliches Gedankengut gibt. Deshalb bittet die Synode den Rat der EKD eine eigene Studie in Auftrag zu geben. Sie „soll dazu dienen, biographische Ursachen und gesellschaftliche Kontexte solchen Gedankengutes besser verstehen, die Probleme genauer beschreiben und geeignete Konzepte und Präventionsmaßnahmen für alle Bereiche kirchlichen Lebens erarbeiten zu können“. Dabei soll die Bundesarbeitsgemeinschaft ‚Kirche und Rechtsextremismus‘ in das Verfahren einbezogen und der Synode darüber berichtet werden.

3. In einem dritten Beschlussvorschlag geht es um den menschlichen Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland. Anlass zu dieser Vorlage war der Protestmarsch von Flüchtlingen, die im Oktober von Würzburg nach Berlin gezogen sind, um dort gegen die Lebensbedingungen von Asylsuchenden in Deutschland zu demonstrieren. Die Synode bittet den Rat der EKD, so heißt es in der Vorlage, „sich bei der Bundesregierung und den Bundestagsfraktionen dafür einzusetzen,

- dass die Residenzpflicht abgeschafft und das Arbeitsverbot aufgehoben wird,
- dass das Asylverfahren fair und zügig durchgeführt wird,
- dass Gesetzesänderungen, die eine wohlwollende Überprüfung des Asylgesuchs im Einzelfall erschweren, nicht vorgenommen werden,
- dass das Asylbewerberleistungsgesetz aufgehoben wird.“

Frankfurt, am 16. November 2012